Die Idee einer neuen Satellitenstadt

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **39 (1964)**

Heft 12

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-103581

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Idee einer neuen Satellitenstadt

Endlich, mit einer Verspätung von 20 bis 40 Jahren gegenüber England, Amerika und den skandinavischen Staaten, tauchen auch bei uns in der Schweiz Ideen und Pläne auf für neue, grundsätzliche Lösungen im Städtebau. Zwar sind auch bei uns schon verschiedene neue und glänzende Lösungen vorgetragen worden, die ihren Niederschlag in Publikationen oder gar in einem Werk, betitelt «Die neue Stadt», eine Studie für das Furttal bei Zürich, fanden und auf unsere Fachwelt sehr anregend wirkten, aber letztlich denselben Bestimmungsplatz fanden wie so viele gute Ideen in der Schweiz, nämlich die berühmte Schublade. Trotzdem ist es immer wieder sehr anregend oder befruchtend, wenn Männer, wie National- und Stadtrat Dr. S. Widmer, mit neuen Ideen an die Öffentlichkeit treten. Im Rahmen der Veranstaltungen im «Gottlieb-Duttweiler-Institut» in Rüschlikon sprach am 2. November Dr. S. Widmer, Vorsteher des Bauamtes II der Stadt Zürich, über das Thema: «Satellitenstädte in den Voralpen als neue Siedlungsform». Dem Vortrag lag die Erkenntnis zugrunde, daß innert kurzem ein Ausweg gefunden werden müsse, aus dem heutigen Siedlungsdilemma – Streubauweise, Überwucherung des ganzen Mittellandes durch die Expansion der Städte, Wohnungsnot, unerschwingliche Baupreise und ins Phantastische gestiegene Bodenpreise. Diese Idee kann realisiert werden, wenn alle alten Vorstellungen überwunden werden, wenn ein grundlegendes Neudenken um sich greift. Im Voralpengebiet zwischen Zug, Zürich und Ziegelbrücke gibt es Gegenden, welche weder für die Landwirtschaft noch für die Industrie einen großen Anreiz bieten. Sie liegen in erreichbarer Nähe der heutigen Regionen Zürich und Zug und wären mit verantwortbaren Mitteln verkehrstechnisch zu erschließen. Mit ihrer Höhenlage von 800 bis 1200 Meter über Meer bieten sie klimatisch ausgezeichnete Verhältnisse und eine erstrebenswerte Naturverbundenheit. Städtebaulich ergäben sich für unsere Fachleute sehr interessante Möglichkeiten, alle ihre Ideen – und daran fehlt es bestimmt so wenig wie in andern Ländern – zu realisieren. Einer der wichtigsten Vorteile wäre aber der, daß in solchen Gegenden das Land noch zu *erschwinglichen* Preisen erhältlich ist, falls die Grundstücke vor der Bekanntgabe dieses Planes der Spekulation entzogen werden könnten. Hier aber liegt die Achillesferse des Gedankens von Dr. Widmer. Das Problem einer Realisierung einer solchen Satellitenstadt in den Voralpen liegt nicht an den mangelnden Ideen unserer Planer, den Fähigkeiten unserer Architekten und Ingenieure oder in der Ausführung, ist nicht ein Mangel an Finanzen, sondern an den Grundstückpreisen, die beim Durchsickern einer derartigen Idee ins Unermeßliche emporschnellen würden. Der Berichterstatter ist überzeugt, daß sich ein solcher Gedanke weder von der Spekulation noch von der Spekulationslust der Grundstückbesitzer innerhalb einer derartigen Siedlung verheimlichen ließe. Unsere Gesetzgebung ist aber so gestaltet, daß sie die Spekulation mit Grundstücken in jeder Weise begünstigt, und welcher Bauer wird nicht zum kleinen Spekulanten, wenn er sein Land, das mit etwa 30 Rappen zu Buch steht, mit 300 Franken pro Quadratmeter verkaufen kann. Sobald aber die Grundstückpreise über 20 Franken pro Quadratmeter ansteigen würden, hätte diese Idee den Todesstoß erhalten, da die Erschließung solcher abgelegener Gebiete 30 bis 50 Franken pro Quadratmeter erfordern. Nach Dr. Widmer käme in erster Linie der Zugerberg für eine solche Siedlung in Frage. Doch auch da stellen sich vor allem rechtliche und politische Probleme, die die Souveränität der betreffenden Gemeinden und Kantone berühren. Die ganze Aktion müßte nach Dr. Widmer von einem überparteilichen Komitee ausgehen. Die finanziellen Lasten könnten von Baufirmen und von der öffentlichen Hand und schließlich von einem breiten interessierten Publikum getragen werden. Dr. Widmer stellt sich die neue Stadt in der Größenordnung von 10 000 bis 40 000 Einwohnern vor. Er rechnet mit einem Landbedarf von 200 m² pro Person und damit, daß Zürich mit einem modernen Verkehrsmittel in maximal 35 Minuten erreichbar sein müßte. Die Diskussion zeigte, daß die vorerwähnten Bedenken von den meisten Rednern geteilt wurden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die neuen Städte nicht nur Schlafstädte sein sollten, sondern auch Industriezonen haben sollten, wo die Bewohner ihren Lebensunterhalt fänden. Menschlich das Wichtigste aber wäre, daß der von jedem Schweizer Familienvater gehegte Wunschtraum eines eigenen Einfamilienhauses wieder zu erschwinglichen Preisen Realität werden könnte. *J.*

Finanzierungsfragen der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft in Österreich

In Nr. 5 unserer Verbandszeitschrift veröffentlichten wir einen Artikel von Dr. Brauner, Wien, über «Die genossenschaftliche Wohnungswirtschaft in Österreich». In der vorliegenden Nummer bringen wir vom gleichen Verfasser einen Beitrag über die finanziellen Probleme des genossenschaftlichen Bauens in Österreich. *Red.*

Die Finanzierungsquellen, welche für die Bauvorhaben der Baugenossenschaften und ähnlichen Wohnbauvereinigungen in Österreich in Betracht kommen, fließen weitgehend aus öffentlichen Mitteln. Im Hinblick darauf, daß der Wohnungsbau etwa 40 Prozent des gesamten österreichischen Bauvolumens darstellt, kommt selbstverständlich auch seiner Finanzierung aus öffentlichen Geldern große Bedeutung zu, die gerade bei den Bauvorhaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft den Grundstock der Finanzierung bildet. Folgende Aufstellung mag einen Einblick in die Wohnbaufinanzierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues gewähren.

1948 bis 1962	Anzahl der Wohnungen
A. Finanzierung aus Bundesmitteln	
a) Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (Gesetz von 1921)	85 144
b) ERP-Mittel (Aktion vorläufig abgeschlossen)	5 375
c) Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (Gesetz von 1948)	9 525
d) Wohnbauförderungsgesetz 1945	17 243
	117 287
B. Finanzierung ohne Bundesmittel (Landesmittel oder Privathypotheken)	13 076
Insgesamt errichtet (siehe oben)	130 363

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß diese große Anzahl von Wohnungen zwar mit wesentlicher, aber nicht ausschließlicher Finanzierung aus Steuermitteln geschaffen